



Jahresbericht Simbabwe 2015

Am 17. April 2015 kam es in Harare zu einem Fall von massiver Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten. Eine Gruppe von Demonstranten hatte sich vor der südafrikanischen Botschaft versammelt, um gegen die jüngsten fremdenfeindlichen Angriffe in Südafrika zu demonstrieren, die sich auch gegen Simbabwe gerichtet hatten. Unter den Demonstranten befand sich der bekannte Menschenrechtsaktivist Sidney Chisi. Ohne erkennbaren Anlass gingen 12 Polizisten mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor, viele von ihnen wurden zum Teil schwer verletzt. Sidney Chisi trug so schwere Verletzungen davon, dass er im Krankenhaus behandelt werden musste. Amnesty International forderte die simbabwische Regierung auf, schnellstmöglich unparteiische und transparente Ermittlungen gegen die Polizisten aufzunehmen.

Auch simbabwische Journalisten wurden in 2015 von staatlichen Kräften misshandelt. Im November 2015 mussten sich drei Journalisten vor Gericht verantworten, nachdem sie über das Gerücht berichtet hatten, dass simbabwische Polizisten an den gewaltsamen Tötungen von Elefanten im Hwange Nationalpark beteiligt waren. Nach Veröffentlichung des Artikels stürmte die Polizei die Redaktion in der die Journalisten arbeiteten und fragte nach der Quelle der Informationen. Nachdem die Journalisten die Namen ihrer Informanten nicht nennen wollten, wurden sie festgenommen und inhaftiert. Nach zwei Tagen in Polizeigewahrsam mussten sie vor Gericht zu dem Tatvorwurf der „Veröffentlichung von Unwahrheiten“ Stellung nehmen. Obwohl die entsprechende Vorschrift bereits als verfassungswidrig erklärt wurde, wird sie immer wieder herangezogen, um Journalisten unter Druck zu setzen. Zum Ausgang des Prozesses war Ende 2015 noch nichts bekannt.

Dies sind keine Einzelfälle. Seit Jahren werden Menschenrechtsverteidiger und politische Aktivisten in Simbabwe regelmäßig von staatlichen Kräften misshandelt, festgenommen und inhaftiert. Amnesty International liegen Aussagen von ehemaligen Häftlingen vor, nach denen Schläge und Tritte durch das Gefängnispersonal üblich sind. Zugang zu Rechtsbeistand wird selten gewährt und die Versorgung mit Essen und Trinken ist unzureichend.